



Ausschuss für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Integration

8. Sitzung (öffentlich)

26. Januar 2011

Düsseldorf – Haus des Landtags

13:30 Uhr bis 16:30 Uhr

Vorsitz: Günter Garbrecht (SPD)

Protokoll: Beate Mennekes, Jonas Decker, Simona Roeßgen (Federführung)

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung **7**

1 Berücksichtigung des demografischen Wandels – auch im Sektor der Finanzprodukte für Senioren **8**

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 15/213

– Zuziehung von Sachverständigen

Der Ausschuss hört Sachverständige an. Weitere Angaben enthält die folgende Tabelle.

Organisationen/Verbände	Sachverständige	Stellungnahmen	Seiten
Verbraucherzentrale NRW	Dr. Annabel Oelmann	15/206	10, 22
Landesseniorenvertretung NRW e. V.	Dr. Martin Theisohn	15/219	15, 22
Bundesarbeitsgemeinschaft der Senioren-Organisationen e. V. (BAGSO)	Klaus Uwe Meier	15/217	17, 21

Weitere Stellungnahme	
Rheinischer Sparkassen- und Giroverband	15/220

2 **Stand der Verhandlungen im Vermittlungsausschuss zum SGB II und SGB XII** 27

– Bericht des Ministeriums für Arbeit, Integration und Soziales

Dem Bericht von Minister Guntram Schneider (MAIS) schließt sich eine kontroverse Diskussion an.

3 **Bildungs-Chipkarte stoppen, bedarfsgerechte Kinderregelsätze einführen!** 34

Antrag
der Fraktion DIE LINKE
Drucksache 15/130
Entschließungsantrag
der Fraktion der SPD und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 15/177

Vorlage 15/102
Ausschussprotokoll 15/78

– Aussprache über die Anhörung

Der Ausschuss will angesichts des laufenden Vermittlungsverfahrens auf Bundesebene und der noch ausstehenden Voten der mitberatenden Ausschüsse die Beratung zu diesem Punkt in einer anderen Sitzung führen.

4 Lobby für Erwerbslose stärken – Erwerbslosenzentren und -beratungsstellen fördern und landesweit ausbauen! 36

Antrag
der Fraktion DIE LINKE
Drucksache 15/132

Vorlagen 15/101, 15/213 und 15/272

– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

In Verbindung mit:

Umsetzung des Landesprogramms „Erwerbslosenberatung und Arbeitslosenzentren“

Vorlage 15/314

Nach einer kurzen Diskussion zieht die antragstellende Fraktion Die Linke ihren Antrag zurück.

5 Ausbildungssituation der Jugendlichen, die im letzten Jahr nicht versorgt werden konnten 39

Vorlagen 15/221 und 15/291

Das Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales sagt zu, dem Wunsch der CDU-Fraktion nach einem Bericht über das Werkstattjahr nachzukommen.

6 Keine Verschlechterungen bei Integrationskursen 40

Antrag
der Fraktion der SPD und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 15/478
Änderungsantrag
der Fraktion DIE LINKE
Drucksache 15/533

Vorlagen 15/222 und 15/248
Zuschrift 15/76

– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

Im AGSI-Ausschuss wird die Forderung erhoben, zumindest über die Ergebnisse der Beratungen im Unterausschuss Integration schriftliche Informationen zu erhalten. Vorsitzender Günter Garbrecht soll dahin gehend tätig werden. In diesem Zusammenhang wird die Beratung zu diesem Punkt auf die AGSI-Sitzung am 9. Februar 2011 verschoben.

7 Defizite beim Arbeitsschutz von Minderjährigen in Nordrhein-Westfalen **41**

Vorlage 15/277

Der Ausschuss diskutiert.

8 Prävention von Alkoholsucht verbessern und Versorgungsdefizite bei alkoholkranken Menschen reduzieren! **44**

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 15/43

– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

Der Ausschuss nimmt den Antrag Drucksache 15/43 in der Fassung des gemeinsamen Antrags als Antrag von CDU, SPD, Grünen und FDP mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, Grünen und FDP bei Enthaltung der Fraktion Die Linke an.

9 NRW für ein Patientinnen- und Patientenrechtegesetz – Bundesratsinitiative der Länder Berlin und Brandenburg für ein Patientinnen- und Patientenrechtegesetz unterstützen! **46**

Antrag
der Fraktion DIE LINKE
Drucksache 15/847

– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

Dieser Punkt wird geschoben.

10 Gesetz zur Abschaffung der Videoüberwachung von zwangsweise untergebrachten Patientinnen und Patienten in der Psychiatrie 47

Gesetzentwurf
der Fraktion der FDP
Drucksache 15/484

Vorlage 15/257

Der Ausschuss beschließt, zu diesem Gesetzentwurf eine Anhörung durchzuführen. Die Terminfestsetzung erfolgt durch die Obleute.

11 Darstellung der aktuellen Situation der Hebammen, insbesondere im Hinblick auf die Bezahlung 48

Vorlage 15/313

Der Ausschuss will einen neuen Sachstand abwarten.

12 Finanzierung der Umschulungsmaßnahmen im Bereich der Alten- und Krankenpflege auch im dritten Ausbildungsjahr über den 31.12.2010 hinaus 49

Vorlage 15/306

Das Ministerium beantwortet Fragen aus dem Ausschuss.

13 Wie ist aktuell der Auswertungsstand bei der kommunalen Umsetzung der UTeilnahmeDatVO? 51

Vorlage 15/305

Dieser Punkt wird auf die AGSI-Ausschusssitzung am 9. Februar 2011 verschoben.

14 Bericht über die Evaluierung des Gesetzes über Kurorte (KOG) 52

Vorlage 15/197

Der Ausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

15 Verschiedenes

53

* * *

10 Gesetz zur Abschaffung der Videoüberwachung von zwangsweise untergebrachten Patientinnen und Patienten in der Psychiatrie

Gesetzentwurf
der Fraktion der FDP
Drucksache 15/484

Vorlage 15/257

Vorsitzender Günter Garbrecht verweist auf den Bericht der Landesregierung Vorlage 15/257, in dem ein ergänzender Bericht in Aussicht gestellt werde.

Im Obleutekreis habe die FDP angekündigt, zu diesem Gesetzentwurf eine Anhörung zu beantragen, und darum gebeten, diese so zu terminieren, dass die Ergebnisse der zweiten Umfrage des MGEPA zum Sachstand in der Psychiatrie einbezogen werden könnten.

Dr. Stefan Romberg (FDP) bittet die Landesregierung, in ihrem ergänzenden Bericht auch deutlich zu machen, in welchen Krankenhäusern Videoüberwachung stattfindet und ob Videoüberwachung in der Psychiatrie tatsächlich ein trägerspezifisches Problem darstelle. In der Plenardebatte habe die Linke angedeutet, dass private Träger sich aus Kostengründen für die Videoüberwachung entschieden.

Ministerin Barbara Steffens (MGEPA) sagt zu, nach Möglichkeit weitere Fakten vorzulegen. Eine erste Auswertung bereits vorliegender Daten weise nicht darauf hin, dass es sich bei der Videoüberwachung in der Psychiatrie um ein trägerspezifisches Problem handele.

Der Ausschuss beschließt, zu diesem Gesetzentwurf eine Anhörung durchzuführen. Die Terminfestsetzung erfolgt durch die Obleute.

